

## Wahlprüfsteine zum Thema Patente zur Bundestagswahl 2021

Im Vorfeld der Bundestagswahlen am 26. September 2021 haben wir fünf der kandidierenden Parteien zum Thema Patente befragt. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Parteien CDU/CSU, SPD, Die Grünen, FDP und Die Linke kurz zusammengefasst.

Zu den vollständigen Fragen und Antworten kommen Sie unter folgendem [Link](#):

### 1. Zukunft des EU-Patents

Das EU-Patent/Unitary-Patent hat einen mühevollen Weg hinter sich. Wir haben die Parteien gefragt, wie sie die Zukunft des EU-Patents einschätzen. Dabei ist festzuhalten, dass alle befragten Parteien dem EU-Patent positiv gegenüberstehen. Die Linke betont ihre Unterstützung für das Gelingen des Gesetzesvorhabens. Den Grünen ist vor allem die Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz wichtig. Die SPD arbeitet nochmals die Vorteile des EU-Patents heraus und die CDU / CSU machen deutlich, dass das europäische Patent nicht durch Verzögerungen gefährdet werden darf. Auch die FDP begrüßt das EU-Einheitspatent sowie das einheitliche Patentgericht, welches sie vor allem für einen wichtigen und notwendigen Baustein hält.

### 2. Aussetzung des Verletzungsurteils und Patentmodernisierungsgesetz (2.PatMoG)

Das 2.PatMoG wird von den Linken abgelehnt. Sie beschreiben es als ein nicht zielführendes Lobbygesetz. Sie kritisieren die Verhältnismäßigkeitsprüfung und betonen das Aufweichen des Schutzniveaus im Rahmen des Unterlassungsanspruchs. Dennoch unterstützen sie eine Beschleunigung der Patentnichtigkeitsverfahren und eine Verbesserung des Geheimschutzes in Patentstreitsachen. Die Grünen begrüßen die im 2.PatMoG beschlossene Synchronisierung von Patentverletzungsverfahren und das patentrechtliche Nichtigkeitsverfahren. Die SPD sieht das 2.PatMoG als großen Erfolg an. Das Aussetzen des Verletzungsverfahrens beschreibt sie allerdings als nicht zielführend. Wiederum CDU / CSU betonen vor allem, dass der missbräuchliche Einsatz von Patenten effektiv eingedämmt wird. Die FDP begrüßt die Möglichkeit, eine Nichtigkeitsklage parallel zu einem laufenden Einspruchsverfahren zu erheben. Für sie enthält der Gesetzesentwurf allerdings auch Mängel. Daher hat die FDP das 2. PatMoG abgelehnt, nachdem ein Änderungsantrag der FDP im Bundestag gescheitert ist.

### 3. Internationalisierung und allgemeine Anhebung der Patentqualität

Vor dem Hintergrund einer Patentflut in China, die einer staatlichen Planung entspringt und teilweise die Maßstäbe der EU nicht erfüllt, wurden die Parteien nach ihrer Einflussmöglichkeit auf die Patentämter zur Internationalisierung und einer allgemeinen Anhebung der Patentqualität befragt. Dabei stimmen die Grünen einer Verbesserung der Qualität von Patenten zu, beschreiben jedoch keine konkreten Pläne, wie dies umgesetzt werden soll. Die Linken lehnen eine europäische Investitions- und Handelskammer ab und kritisieren den Umgang mit China. Europäische KMU möchte Die Linke unterstützen. Sie sieht die Probleme

allerdings auf dem chinesischen Markt, in dem Unternehmen ihre Produkte nicht im europäischen Sinne anbieten müssen. Die Sozialdemokraten beschreiben die vorhandenen

Institutionen und Verträge, die für Qualitätsstandards sorgen. Sie sehen es jedoch skeptisch, dass eine chinesische Patentflut somit eingedämmt werden kann. Die CDU und CSU sehen die Verantwortung in der EU und nicht auf nationaler Ebene, sie äußern daher keine konkreten Pläne. Die FDP befürwortet einheitliche Regelungen für viele Jurisdiktionen. Sie fordert auf internationaler Ebene die Einführung einer defensiv ausgestalteten Neuheitsschonfrist.

#### **4. Schutz des deutschen Mittelstands vor einem ausufernden Patentwesen**

Die Parteien wurden gefragt, wie sie den deutschen Mittelstand vor einem ausufernden Patentwesen schützen wollen. Der Lösungsvorschlag der Grünen sieht vor, den Zugang zu Freedom-To-Operate (FtO) Analysen zu verbessern. Die Linken fordern den Mittelstand gezielt auf, sich zwischen der Auslagerung der Produktion und den resultierenden Kostenvorteilen sowie den umgangenen Standards und einem Schutz vor der Konkurrenz in China zu entscheiden. Den Schutz von KMU sieht sie auf dem europäischen Binnenmarkt. Sie wollen die Behörden für den Marktzugang personell und finanziell stärken.

Auf ein funktionsfähiges Patentsystem setzt die SPD. Sie betonen die Einführung der Verhältnismäßigkeitsprüfung im Rahmen des patentrechtlichen Unterlassungsanspruches im 2.PatMoG. Auch die CDU und CSU verweisen auf das 2.PatMoG. In einer umfangreichen Antwort erläutern sie, dass der Missbrauch des patentrechtlichen Unterlassungsanspruches im 2.PatMoG durch eine Verhältnismäßigkeitsprüfung ergänzt wurde. Des Weiteren wird hinzugefügt, dass die Einschränkung des Unterlassungsanspruchs durch einen zwingenden Ausgleichsanspruch des Patentinhabers in Geld ergänzt wird. Die FDP setzt sich für offenere und innovationsfördernde Rahmenbedingungen ein. Geistiges Eigentum muss im Patentrecht strikt geschützt bleiben. Sie nennen Patent-Trolle, lange Verfahren und hohe Kosten als Effizienzproblem des Patentwesens.

#### **5. Schutzschirmklausel für Computerprogramme**

Die Grünen sehen eine Schutzschirmklausel als dringend notwendig an. Die Linke steht einer Schutzschirmklausel positiv gegenüber, sieht die Schutzregeln des Urheberrechts jedoch als ausreichend an. Die SPD betont, dass Softwarepatente begrenzt bleiben sollten. Der vom Patentverein und vom Bundesverband IT-Mittelstand vorgeschlagene Schutzschirm wird von der SPD unterstützt und geprüft. Die CDU und CSU fordern eine Einhaltung des Patentierungsverbots für Software, Softwarefunktionen oder Algorithmen, damit keine Nachteile in den Innovationen der Softwarebranche riskiert werden. Auch die FDP sieht eine Dringlichkeit, die Rechtslage zu ändern.